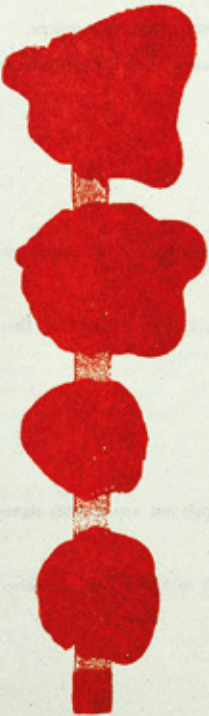


# 1955–1965 Die „langen 50er Jahre“

STEFAN KARNER

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in der Stadt Wien in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache am 15. Mai 1955.



*N. Molotov*

*R. Melchior*

*Harold Macmillan*

*Geoffrey Wallington*

[ 11 ]



*Robert F. Kennedy*

*Dean Rusk & Thompson*

*Anthony Eden*

*Robert F. Kennedy*

*Leopold Figl*

[ 11 ]

- Der Österreichische Staatsvertrag 1955 mit den Unterschriften der Außenminister und Hochkommissare Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der UDSSR sowie des österreichischen Außenministers Leopold Figl.



## Zu den Kennzeichen steirischer ÖVP-Politik gehörte neben der Betonung der Kultur und der Wegbereitung einer viel beachteten Avantgarde die Suche nach einer Begegnung mit den Nachbarn über ideologische und politische Grenzen hinweg.

STEFAN KARNER

Die Erfahrungen mit der sowjetischen und vor allem britischen Besatzung bestimmten bis 1955 wesentlich das politische System des Landes in den „langen“ 50er Jahren, die in der Steiermark eigentlich erst mit der „68er-Bewegung“ zu Ende gegangen waren.<sup>1</sup>

Der Staatsvertrag 1955, die entscheidende Zäsur, zehn Jahre nach dem Kriegsende, der Abzug der britischen Besatzer, die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion erzeugten ein erstes Stimmungshoch. Man war wieder Herr im eigenen Haus geworden und wollte gemeinsam den wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau gestalten, Fehler der 1930er Jahre nicht mehr wiederholen, wenn sich auch da und dort die konfrontative, destruktive politische Kultur der Ersten Republik, etwa in der Konkordanzdemokratie oder im Lagerdenken, zeigte. Die Sozialpartnerschaft und die Fortsetzung des Proporz zwischen den Großparteien boten für eine neue politische Kultur ein akzeptables Mittel.

Wirtschaftswunder, Aufbau, Marktwirtschaft, Fortschritt, Sozialpartnerschaft und Leistungsbeurteilung prägten mehr oder weniger auch die politischen Denkmuster der zwei großen Parteien im Lande. Das Gefühl des Aufschwungs konnte den Menschen glaubhaft vermittelt werden: das erste Motorrad, das erste Auto, die Garage als Zubau zum Einfamilienhaus, die erste Waschmaschine für den Haushalt, der erste Urlaub an der Adria.

Das Dreiparteiensystem der Steiermark von ÖVP, SPÖ und des wesentlich kleineren VdU (ab 1956 FPÖ)<sup>2</sup> dominierte die Volkspartei mit Josef Krainer

sen. und dem sensiblen und weltoffenen Kulturpolitiker Hanns Koren, auch in relativer Akkordierung mit den steirischen Sozialdemokraten, vor allem unter Alfred Schachner-Blazizek. Das Dreieck konnte wesentliche Akzente der steirischen „Innen“- , „Außen“- und Kulturpolitik setzen.

Korens avantgardistische Kulturpolitik, obwohl zuerst vielfach abgelehnt, wurde Teil der steirischen Identität als einer Symbiose von Weite, Enge und Tiefe, von Tradition und Moderne.

Neben den innerparteilichen Aufgaben und Anliegen hatte die ÖVP in der Steiermark in dieser, für das Land entscheidenden Phase zwischen dem konservativen Paradigma der 1950er Jahre und dem gesellschaftlichen Aufbruch Ende der 1960er Jahre, der in der 68er-Bewegung seinen sichtbaren Ausdruck fand, mehrere Aufgaben zu bewältigen:

- die Forcierung und den Abschluss des Wiederaufbaus;
- den Aufbau einer Nachbarschaftspolitik, um aus der geografischen Isolation heraus zu kommen;
- eine Belebung und Stärkung des steirischen Grenzlandes, um eine Abwanderung aus den südlichen und östlichen Gebieten des Landes zu verhindern;
- einen Brückenschlag zu den europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen, vor allem der EWG und der EFTA;
- eine Integration des kritischen, intellektuellen und künstlerischen Potenzials, wie es sich vor allem an den Hochschulstätten zeigte.

Eine Darstellung der ÖVP in dieser Phase hat daher die Interdependenz von Landespolitik und

Parteipolitik zu beachten. Gerade diese Wechselwirkung, die zeitweise auch ein hoher Grad an Identifikation von Partei und Land war, hatte die ÖVP auch durch so viele Jahre zur stärksten Kraft im Land gemacht.

Zunächst galt es jedoch, die Folgen einer Entwicklung zu meistern, die sich im benachbarten Ungarn nur ein Jahr nach dem Staatsvertrag dargestellt hatte. Mit einem Schlag wurde deutlich, in welcher sensiblen Randlage man sich befand. Im Osten teilte der „Eiserne Vorhang“ zu Ungarn, praktisch in Sichtweite vom Grazer Schloßberg, Europa in Ost und West. Im Süden war die Grenze zum kommunistisch geführten Jugoslawien eine ideologische und vielfach historisch belastete Barriere.

## Die Ungarn-Krise 1956

Im Spätherbst 1956 flüchteten Tausende Ungarn in die Steiermark. Es galt blitzschnell für sie Notquartiere und Verpflegung zur Verfügung zu stellen; im Spätherbst 1956, zu einer Zeit, als die Steirer selbst vielfach nur das Notwendigste zum Leben hatten. Doch die Menschen, besonders in der Oststeiermark, zögerten keinen Augenblick, die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Ungarn war bald nach Kriegsende sozialistisch-planwirtschaftlich ausgerichtet, die Landwirtschaft kollektiviert, die Betriebe verstaatlicht, die zahlreichen Parteien verboten, jegliche Opposition zu den Kommunisten verfolgt und das Land kommunistisch geführt worden. Moskau bestimmte die Politik in Ungarn. Dennoch waren große Teile der ungarischen Bevölkerung gegen die sowjetische Herrschaft im Lande, traten für freie Wahlen, für die Verwirklichung von westlicher Demokratie, für die Entlassung und Rehabilitierung aller politischen Häftlinge, für Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit und nicht zuletzt für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn ein. Es kam zu Kundgebungen, Manifestationen, Demonstrationen und zu einem Generalstreik. Imre Nagy, ein Kommunist der ersten Stunde, 1917 noch im Erschießungskommando des russischen Zaren in Jekaterinburg, hatte eine Kehrtwendung gemacht, wurde Ministerpräsident und galt als Hoffnungsträger einer neuen, von Moskau abgewandten, sozialistischen Politik.

Nach der Neutralitätserklärung Ungarns begannen am 4. November schwere Kämpfe zwischen sowjetischen Truppen, ungarischen Freischärlern und Armee-Einheiten, in deren Verlauf die ungarische Freiheitsbewegung niedergewalzt wurde. 40.000 politische Gegner wurden interniert, 180.000 Ungarn flüchteten nach Österreich, davon über 16.000 in die Steiermark. In etwa 140 steirischen Auffanglagern, in Kasernen und Bundesquartieren, in Tausenden Privatquartieren und Schlafstellen hatte man die Flüchtenden untergebracht.

Jeder zehnte von ihnen ließ sich im Land nieder. Unter ihnen etwa die ungarische Eiskunstlauf-Meisterin Nadine Szilassy und zahlreiche Studenten, die hier ihr Studium abschlossen, wie der Architekt Jenö Molnar oder die Ärzte Judith Bärnthaler und Bela Farkas (Stolzalpe).

## Landtagswahl 1957

Kaum waren die größten Probleme mit den ungarischen Flüchtlingen behoben, ging es um die Neuzusammensetzung des Landtages in der Wahl am 10. März 1957. Die ÖVP war wegen des schlechten Abschneidens vier Jahre zuvor nervös, die SPÖ angriffslustig, die KPÖ nur noch in den größeren Industriestädten der Obersteiermark sichtbar. Das große Fragezeichen war die FPÖ, die erstmals zu einer landesweiten Wahl antrat. Zudem sollte der Landtag, wie schon der Nationalrat, auf Wunsch der SPÖ vorzeitig für die ersten Neuwahlen „in Freiheit“ aufgelöst werden. Landeshauptmann Krainer, der gerade seine erste USA-Reise absolvierte, unterbrach seinen Amerika-Besuch, eilte zurück nach Graz, um in jedem Fall eine gleichzeitige Durchführung von Nationalrats- und Landtagswahl zu verhindern. Er hatte diese Linie – trotz anfänglicher Widerstände, auch aus den eigenen Reihen und nach dem ÖVP-Erfolg bei der Nationalratswahl 1956 – gemeinsam mit Landespartei sekretär Franz Wegart<sup>3</sup> durchgesetzt: „Das ständige Anhängen der Landtagswahlen an Nationalratswahlen verwischt der Bevölkerung gegenüber die Besonderheiten der Landespolitik und schadet damit dem föderativen Gedanken; wem es damit ernst ist, der muß auch darnach handeln, d.h. der Bevölkerung Gelegenheit geben, im Alleingang über

die Landespolitik zu entscheiden“, wurde die ÖVP-Position festgelegt und, bis auf die auch prompt verlorene Wahl 1995, auch in den folgenden Jahren eingehalten.

Zudem wollten SPÖ und VdU den belasteten, ehemaligen Nationalsozialisten das aktive, den Minderbelasteten das passive Wahlrecht zurückgeben. Eine Forderung, der sich auch die Volkspartei nicht verschließen wollte.

Ein zusätzlicher Knackpunkt wurde der neue amtliche Stimmzettel, auf dem alle wahlwerbenden Parteien in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet wurden. Um nicht hinter die Sozialisten gereiht zu werden, setzte die ÖVP ein „Die“ vor den Parteinamen, was Landeshauptmann Krainer seitens der SPÖ eine, allerdings erfolglose, Ministeranklage einbrachte.<sup>4</sup>

Die ÖVP fertigte erstmals für eine Wahl Rednerskizzen an, die den Funktionären als Wahlbehelf dienten und eine einheitliche Argumentationslinie sichern sollten: Die ÖVP als die staatstragende Partei (Staatsvertrag, Raab-Kamitz-Kurs), die steirische Eigenständigkeit (eigener Wahltermin), die Betonung der ÖVP-Leistungen in der Landespolitik (Förderung von Wohnbau, Gewerbe, Kultur und Landwirtschaft) sowie eine scharfe Abgrenzung zur SPÖ: „Sie versuchen zugleich Regierungspartei und Opposition zu spielen und durch Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes jene Not und jenes Elend zu schaffen, in dem der Marxismus allein gedeihen kann. Die Marxisten sind die Partei der Not.“<sup>5</sup> Die FPÖ war zu schonen. Krainer selbst wurde, in einer Art erstem Persönlichkeitswahlkampf nach US-Muster, als Landeshauptmann für alle Steirer, als Sinnbild einer breiten Zusammenarbeit dargestellt.

Die Propaganda der SPÖ war nach ihrem ideologischen Spektrum gefächert und auf die Stammwählerschaften ausgerichtet. Sie strich die Leistungen der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark hervor, propagierte mehr Staat und weniger Privat. Mit Norbert Horvatek an der Spitze machte sich die SPÖ auch zur Verfechterin des neuen Stimmzettels und verquickte sich so in eine Detaildebatte. Ihren Spitzenkandidaten konnte sie damit nicht als Vaterfigur aufbauen. Die FPÖ orientierte ihre Wahlwerbung an ihrer wesentlichen Klientel und betonte ihre deutsch-nationalen Wurzeln.



• Landesparteisekretär Franz Wegart und Josef Krainer sen. konzipieren den Wahlkampf für die ersten „Krainerwahlen“.

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte als Hauptgewinner die ÖVP, die mit 46,6 % der Stimmen und 24 Mandaten ihren Mandatsvorsprung auf die SPÖ ausbauen konnte. Die SPÖ schaffte 43,6 % der Stimmen und 21 Mandate. Deutlich unzufrieden äußerte sich daher Parteivorsitzender Reinhard Machold: „Diese Wahlen [...] zeigten ein für uns unbefriedigendes Ergebnis.“<sup>6</sup> Die Hoffnung, aus dem Schatten der ÖVP zu treten, erfüllte sich nicht. Auch die erstmals kandidierende FPÖ blieb deutlich gegenüber dem VdU zurück, brachte es nur noch auf 6,7 % der Stimmen und drei Abgeordnete im Landtag und flog aus der Landesregierung.

Dies war auch die entscheidende Veränderung der Wahl. Die Volkspartei hatte nunmehr mit fünf Landesräten auch die absolute Mehrheit in der Landesregierung. Neuer ÖVP-Landesrat für Kulturpolitik wurde – auch auf Druck des CV und der Katholischen Aktion – Hanns Koren.<sup>7</sup>

Der steirische Wahlerfolg gab der ÖVP auch für die Bundespräsidentenwahl drei Monate später Hoffnung, erstmals gegen die Gleichgewichtspartei erfolgreich zu sein und die Wahl zu gewinnen. Gemeinsam mit der FPÖ hatte man den parteilosen Arzt Wolfgang Denk aufgestellt und hoffte, mit ihm eine breite Wählerallianz von christlichen, bürgerlichen bis zu den nationalen Gruppen bilden zu können. Auch die SPÖ hatte mit ihrem Kandidaten, Vizekanzler Adolf Schärf, der noch im Jahr zuvor als Kanzlerkandidat im Wahlkampf gewesen war, versucht, an einen Teil des rechten Wählerspektrums heranzukommen. An den Wirtshaustischen hörte man die Parole: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr.“ Ein entsprechendes Plakat



• *Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito 1967 in der Steiermark. Landeshauptmann Josef Krainer sen. forcierte eine regionale Nachbarschaftspolitik.*

oder Flugblatt wurde allerdings nicht affiziert. Den besonders in der Steiermark spürbaren Nachteil Schärfs, zweimal aus der Katholischen Kirche ausgetreten zu sein, konnte die SPÖ in Gesprächen mit der Kirchenführung im Wesentlichen ausräumen. Die Annäherung von SPÖ und Katholischer Kirche war die Folge. Schärf gewann die Wahl knapp mit 51 % der Stimmen und wurde Bundespräsident.

Der Konzentrationsgrad der ÖVP in der Steiermark war hoch, ihre Mitgliederentwicklung konstant stark. Die ÖVP rekrutierte ihre Wähler vor allem über ihre Bünde in der Ost-, Süd- und Mittelsteiermark. Ab 1957 setzte die Partei auf eine starke Personalisierung, besonders auf die Person Josef Krainers, der seit 1948 als Landeshauptmann das Land geführt und die Politik wesentlich bestimmt hatte. Die Personalisierung wurde in den 60er Jahren, durchaus nach amerikanischem Vorbild, weiter gesteigert. Landtagswahlen waren „Krainer“-Wahlen.

### „In Wien steirisch reden ...“

Die steirischen Verfassungs- und Verwaltungsreformen entsprachen den föderalistischen Tendenzen, die in allen österreichischen Bundesländern stärker geworden waren und in Vorarlberg etwa zur „Fussach“-Affäre geführt hatten. Die

Steiermark war, wenn es galt, Länderinteressen gegen Zentralinteressen zum Durchbruch zu verhelfen, meist führend, oft initiativ. Das Land hatte die zweitgrößte Stadt Österreichs, ein vielfältiges Kunst- und Kulturleben, zahlreiche höhere Schulen und mehrere Universitäten, eine starke Medienszene, den Typ eines selbstbewussten, reformfreudigen Landesbürgers und eine starke Landesidentität. „Steirerblut ist kein Himbeersaft“ oder „In Wien mit den Leuten [oft mit den Parteifreunden] steirisch reden“ waren gerne gebrauchte Redewendungen und konnten auch als Drohungen verstanden werden.

Krainer entwickelte ein „kräftiges Druck- und Verweigerungspotential gegenüber dem Bund, mit einem fast missionarischen Zungenschlag gegen Wien“<sup>8</sup>. Die ÖVP Steiermark positionierte sich so als innerparteiliche Opposition und brachte nicht nur den Antagonismus zwischen Bund und Land auf den Punkt, indem sie etwa Ende der 50er Jahre eine Obmandiskussion gegen Raab lancierte, sondern kritisierte auch offen das System der Großen Koalition und damit Bundeskanzler Raab.

Die Führungs- und Identitätskrise der ÖVP auf Bundesebene 1959 und die Krankheit von ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Julius Raab begünstigten geradezu Tendenzen zu Reformen, wie sie in einer von Krainer mitgegründeten



• Festakt zur Eröffnung des Forum Stadtpark 1960.  
In der ersten Reihe Josef Krainer sen. und Kulturlandesrat Hanns Koren (2. von rechts).

„Neuen Österreichischen Gesellschaft“ gefordert wurden. Die „Neue Österreichische Gesellschaft“ (unter Krainer und Außenminister Karl Gruber), die sogleich innerparteiliche Kritik auf sich zog, entpuppte sich dabei als erste große Reformbewegung innerhalb der ÖVP nach dem Krieg und verband drei Gruppen: den Österreichischen Gewerbeverein unter Rigobert Plass, den Akademikerbund unter Georg Zimmer-Lehmann und große Teile der Parteijugend. Primäres Ziel dieser Vereinigung war es, die ÖVP mit wirtschaftsliberalen und antibürokratischen Ideen wieder auf Erfolgskurs zu bringen und gleichzeitig das Gewicht der Länder innerhalb der Bundespartei zu stärken. So wurden ein modernes Wirtschaftsprogramm, ein klares Bekenntnis zum Föderalismus und eine effiziente Verwaltungsreform für den Staat postuliert. Außenpolitisch urgierte man – neben der Nachbarschaftspolitik – eine Annäherung an die EWG. Die „Neue Gesellschaft“, der u.a. auch Peter Reininghaus, Fritz Molden oder „Tagespost“-Chefredakteur Helmut Schuster angehörten, lebte später als „Ennstaler Kreis“ weiter, der von Alfred Rainer mitbegründet wurde. Auch wenn Krainer nie selbst Ambitionen zeigte, Bundeskanzler zu werden, so war es doch das durch die „Neue Österreichische Gesellschaft“ initiierte Moment der Erneuerung, das letztlich den Reformern in der ÖVP den Rücken stärken

sollte und 1960 eine Ablöse von Raab zum steirischen ÖVP-Obmann Alfons Gorbach brachte. Gleichzeitig folgte in der Bundes-ÖVP auf Alfred Maleta als Generalsekretär Hermann Withalm. Im Jahr darauf wurde Gorbach auch Bundeskanzler, wobei er von vielen in der Partei als Übergangskandidat gesehen wurde. Mit seinem bundespolitischen Engagement ging jedoch sein Machtverlust in der steirischen Landespartei einher, was Krainer noch beschleunigte, indem er mit Theodor Piffli-Perčević einen geschäftsführenden Landesparteiobmann installierte. Gorbach war bestrebt gewesen, die Position des Landesparteiobmannes und damit den Dualismus zwischen ihm und Krainer so lange wie möglich zu halten.

## Die Landtagswahl 1961

Genau den Krainer-Bonus versuchte die ÖVP im Wahlkampf für die Landtagswahl 1961 auszuspielen und Krainer in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Die SPÖ trat heftig dagegen auf und warf der ÖVP vor, Wahlschwindel zu betreiben: „Das Merkwürdige an dieser Wahl ist, daß der Wähler gerade von der ÖVP, die doch die Mehrheit in unserer Landesregierung hat, bewußt gar nicht vor die eigentliche Wahl gestellt wird. Man tut so, als ob es allein um die Person von



• Die erfolgreiche Personalisierung der ÖVP-Wahlwerbung. Plakatwand zur Landtagswahl 1961.

LH Krainer ginge, obwohl der Landeshauptmann unmittelbar überhaupt nicht gewählt wird.<sup>9</sup> Vorgetragen wurden die Argumente der Wahlkampflinie vom SPÖ-Vordenker Rupert Gmoser in der Parteizeitung „Neue Zeit“, der propagierte: „Allein der Sozialismus hat den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger in Frieden und Freiheit zu bieten. Mit ihr wird eine Generation von Menschen erwachsen frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend.“<sup>10</sup> Daneben warf die SPÖ Krainer vor, er hätte sich 1945 unter den Schutz der Tito-Partisanen gestellt, was dieser empört zurückwies.

Der SPÖ-Wahlkampf wurde am 11. März 1961 mit einer Großkundgebung in den Räumen der Grazer Arbeiterkammer beschlossen. Der neue Spitzenkandidat Alfred Schachner-Blazizek und der populäre Grazer Bürgermeister Gustav Scherbaum geiselten dabei die Wahlkampfunterstützungen der ÖVP, die in die Millionen gingen. Die ÖVP stellte die Person Krainers heraus, schrieb die steirischen Leistungen in Wirtschaft und Kultur (wie das Linz-Donawitz-Stahlverfahren oder den „Puch 500“) vor allem ihrer Politik zu und trat für eine weitere Förderung von Leistung und eines sozialen Netzes für die einkom-

menschschwachen Gruppen ein. Krainer: „Ich will Landeshauptmann für alle Steirer sein. Ich werde mich stets dagegen wehren, daß irgend jemand aus der Arbeit anderer ungerechtfertigte Vorteile zieht, und werde ebenso darauf achten, daß sich keine Klasse, kein Stand auf Kosten des anderen Privilegien anmaßt.“<sup>11</sup>

Das Wahlergebnis brachte Gewinne für die ÖVP, leichte Gewinne für die FPÖ und die Kommunisten, die wieder mit einem Mandatar in den Landtag einzogen sowie deutliche Verluste für die SPÖ, die rund 15.000 Stimmen und ein Mandat an die KPÖ verlor. Die Zusammensetzung der Landesregierung änderte sich nicht, die ÖVP behielt ihre absolute Mehrheit.

## Die Überraschung in Graz

Die eigentliche Überraschung war jedoch das Grazer Wahlergebnis: Hier wurde die SPÖ erstmals von der ÖVP überholt. Fritz Csoklich sprach in der Kleinen Zeitung von der „Superlative eines Urnenganges“ und wies in diesem Zusammenhang auf die bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannten materiellen Mittel hin, die im Wahlkampf eingesetzt wurden. Csoklich betonte jedoch auch das bis dahin nicht gekannte Ausmaß an gegenseitiger Diffamierung. Ebenfalls sensatio-

nell konnte die ÖVP in den traditionellen Hochburgen der Sozialisten und den Arbeitervierteln gewinnen.<sup>12</sup> Csoklich: „In erfrischender Deutlichkeit zeigte sich vor allem, welchen entscheidenden Einfluß eine echte Persönlichkeit gerade heute im Zeitalter der anonymen Massen-Demokratie hat. [...] Die steirischen Wähler haben auch eine Antwort auf die so beliebt gewordene Koalitionsflunkerei gegeben: Sie gaben jenem Mann die Stimme, der die Schwächen der Koalition deutlich aufzeigte, um sie im Interesse einer echten Zusammenarbeit beseitigen zu können. In Graz gab die SPÖ die Parole aus: Galgen oder Zusammenarbeit. Das Ergebnis der Krainer-Wahl zeigt wie schief und unernst diese Alternative liegt. Der Österreicher will keinen Galgen. Er hat genug von Bürgerkriegsgeschrei und Parteienhaß. Er will Zusammenarbeit. [...] Es ist auch keine Frage, daß die vom Westen importierten neuartigen Wahlmethoden den Wahlausgang maßgeblich beeinflußt haben. [...] Die steirische Volkspartei hat mit diesen Methoden ihre Gegner überrollt. Vielleicht haben wir wirklich zu wenig getan, sagte in der Wahnacht ein sozialistischer Spitzenmandatar düster. Die Sozialistische Partei in der Steiermark ist durch den Wahlausgang in keine beneidenswerte Situation geraten. [...] Dr. Schachner-Blazizek meinte am Sonntag Abend, die Stimmenverluste der SPÖ an die KP bedeuteten eine Radikalisierung des politischen Klimas.“



• Josef Krainer sen. freut sich über den Erfolg bei der Landtagswahl 1961.

## Die 50er Jahre dauern länger

Die abermalige Wahl Krainers zum Landeshauptmann am 11. April 1961 war eine reine Formsache. Die personelle Zusammensetzung der Landesregierung blieb nahezu unverändert. Landesrat Brunner wurde Landtagspräsident, an seine Stelle kam Franz Wegart. Die „langen“ 50er hielten in der Steiermark, auch bei den politischen Machtverhältnissen weiter an. Der Aufbruch, den die neue Generation in den USA mit John F. Kennedy vollbrachte, die kritische Hinterfragung alter Werte, ihre Infragestellung und Überwindung, fand noch keine Entsprechung im Land. Die steirische Politik wurde daher wesentlich beherrscht von den Themen der österreichischen Innenpolitik: Habsburg-Einreise, Olah-Krise in der SPÖ (die zu seinem Parteiausschluss und einer Verurteilung des ÖGB-Präsidenten und Innenministers wegen Manipulationen mit ÖGB-Geldern zum Vorteil der „Kronen-Zeitung“ führte), Rundfunk-Volksbegehren (zu dessen Speerspitze die „Kleine Zeitung“ mit Fritz Csoklich gehörte) sowie dem Streit Bundesländer – Zentralstaat (der sich besonders in Fussach am Bodensee bei der geplanten Taufe eines Schiffes auf den Namen „Karl Renner“ entzündete). Gleichzeitig hatte die Steiermark mit Alfons Gorbach erstmals einen ihrer Spitzenpolitiker als Bundeskanzler in Wien. Er war auf Raab gefolgt, der am Tag der Angelobung Krainers zum Lan-



• Die VP-Spitze in der Steiermark 1961: Koren, Udier, Krainer sen., Prirsch, Wegart und Brunner.



• *Bundespolitik trifft Landespolitik. Bundeskanzler Alfons Gorbach und LH Josef Krainer sen.*



• *Bundeskanzler Alfons Gorbach im österreichischen Parlament 1962.*

deshauptmann, am 11. April 1961, aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Wahlniederlage 1959 zurückgetreten war. Gorbach, der seit 1945 Landesparteiobmann der ÖVP in der Steiermark gewesen, jedoch nie Mitglied der Landesregierung geworden war, versuchte als Bundeskanzler den starren Zentralismus Raabs durch eine Aufwertung der Länderrechte und eine Stärkung des föderalen Elementes aufzulösen.

Der zwar indirekt geführte, aber doch erkennbare Machtkampf zwischen Krainer und Gorbach setzte sich indes weiter fort. Die permanenten Spannungen zwischen den Regierungsparteien führten auf Bundesebene schließlich zu vorgezogenen Neuwahlen, die am 18. November 1962 der ÖVP einen Zuwachs von drei Mandaten bescherten. Trotz dieses Erfolges blieb die innerparteiliche Kritik an Gorbach, auch weil sich die Koalitionsverhandlungen, an denen auch Krainer teilnahm, mit der SPÖ äußerst schwierig gestalteten. Die Alternative zur Großen Koalition war in dieser Phase eine Zusammenarbeit mit der FPÖ. Tatsächlich kam es im Sommer 1962 zu einem „geheimen“ Treffen wichtiger Proponenten beider Parteien im Grazer Hotel „Erzherzog Johann“. Auf ÖVP-Seite nahmen Gorbach, Krainer und Rainer teil, die FPÖ entsandte Bundesparteiobmann Friedrich Peter sowie Vater und Sohn Götz. Ergänzt wurde diese Runde durch einige Vertreter der Wirtschaft. Die Gespräche über die Möglichkeit einer Kleinen Koalition und die unverbindlichen Vereinbarungen scheiterten schließlich,

weil die ÖVP sich letztlich für eine weitere Zusammenarbeit mit der SPÖ entschloss.

## Die ÖVP-Reformer

Während Krainer, der einer Regierungsbeteiligung der FPÖ letztlich doch skeptisch gegenüberstand, sich aufgrund der immer brüchiger werdenden Koalition für eine Mehrparteienregierung nach Schweizer Muster aussprach – ein Vorbild, das nach 1970 von der ÖVP in der Steiermark immer wieder artikuliert wurde –, war die Ablöse Gorbachs an der Parteispitze Thema bei diversen konspirativen Treffen, etwa in St. Martin bei Graz. So wurde Gorbach, dessen Position bereits vor der Nationalratswahl 1962 angeschlagen war, im Herbst 1963 der Rücktritt nahegelegt, wobei ihm vorgeworfen wurde, ein schlechtes Verhandlungsergebnis bei den Koalitionsverhandlungen erzielt zu haben. Die Reformer, an ihrer Spitze der neue Bundesparteiobmann Josef Klaus, aber auch Josef Krainer, urgierten eine rasche und bindende Lösung. Sie sollte auf dem Klagenfurter Reformparteitag beschlossen werden.

„Am 22. Februar 1964 wurde Gorbach zum Rücktritt gezwungen und demonstrativ fallengelassen.“<sup>13</sup> Nach dem Rücktritt Gorbachs als Bundeskanzler 1964 und dem Wechsel Piffils nach Wien als Unterrichtsminister in das Koalitions-Kabinetts Klaus übernahm 1965 Josef Krainer den Parteivorsitz. Alfred Rainer wurde nach Franz Wegart Landespartei sekretär.<sup>14</sup>

Die Große Koalition von ÖVP und SPÖ war jedoch bereits in Agonie. Der Wunsch nach einem politischen Wechsel wurde immer stärker hörbar, wobei Mitte der 60er Jahre die ÖVP wegen ihrer starken Persönlichkeiten und ihres eher dem Zeitgeist entsprechenden Programms die besseren Karten hatte, obwohl sie 1963 mit ihrem bereits schwer kranken Kandidaten Julius Raab die Bundespräsidentenwahlen gegen den amtierenden Bundespräsidenten Schöpf verloren hatte.

## Die Landtagswahl als Ouverture zum ÖVP-Wahlsieg 1966

In dieser auf die zwei Großparteien zugespitzen innenpolitischen Entwicklung hatten die Kleinparteien FPÖ und KPÖ kaum Chancen, entsprechend wahrgenommen zu werden. Am 14. März 1965 erreichte die ÖVP bei der Landtagswahl dann erstmals seit 1945 wieder die absolute Mehrheit an Mandaten und mit 48,41 % ihr bis dahin bestes Ergebnis, wobei die Anzahl der Mandate im Landtag von 48 auf 56 angehoben wurde und der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ nach dieser Wahl nun fünf Sitze betrug. Die SPÖ schaffte 24 Mandate, die FPÖ verlor ein Mandat und die KPÖ behielt ihren einzigen Landtagssitz weiter.<sup>15</sup> Die ÖVP konnte überraschend – besonders in Graz – Stimmen auf Kosten der SPÖ gewinnen.

Krainer wurde am 7. April erneut zum Landeshauptmann gewählt. Anstelle des wenige Wochen vor der Wahl verstorbenen Landesrates Ferdinand Prirsch kam der Feldbacher Bezirkshauptmann Friedrich Niederl in die Landesregierung.

Bei der Nationalratswahl 1966, die mit einer absoluten Mehrheit für die ÖVP unter Klaus endete, erreichte die Volkspartei in der Steiermark mit 49,7 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis bei Nationalratswahlen in der Zweiten Republik. Am Wahlsieg der ÖVP 1966 hatte die ÖVP Steiermark damit einen wesentlichen Anteil. Der Kärntner Josef Klaus, der neue starke Mann in der ÖVP, der erstmals einer Alleinregierung vorstand und bis 1970 regierte, kam aus der von Krainer mitinitiierten „Reformergruppe“.

Wenige Monate später, im Herbst 1966, starb jedoch ein Motor der ÖVP Steiermark, Landes-

parteisekretär Alfred Rainer. Seine Funktion übernahm Franz Hasiba<sup>16</sup>, der die Öffnung und Modernisierung der Partei im Sinne Rainers weiter vorantrieb und gegen Ende der 60er Jahre mit dem Einverständnis Krainers auch Nichtmitglieder und der Partei fern stehende zu Gesprächen und zur Mitarbeit einlud, was der ÖVP zu Beginn der 70er Jahre einen Generationenkonflikt ersparte. Im Umfeld Rainers und Hasibas setzte die Wachablöse der jungen Generation ein, wobei zur Partei zunehmend auch Freunde und Mitarbeiter um den gleichnamigen Sohn des Landeshauptmannes, vor allem aus den Reihen der Katholischen Aktion, stießen.

Zu den Kennzeichen steirischer ÖVP-Politik gehörten neben der Betonung der Kultur und der Wegbereitung einer viel beachteten Avantgarde, die sich vor allem im „Trigon“-Gedanken, im „steirischen Herbst“ und im „Forum Stadtpark“ ausdrückte, die Suche nach einer Begegnung mit den Nachbarn über ideologische und politische Grenzen hinweg sowie die bewusste Stärkung des Grenzlandes im Süden und Osten, gegenüber Burgenland/Ungarn und an der Mur gegenüber Tito-Jugoslawien.

## Nachbarschaftspolitik

Die offizielle Beilegung des Grenzkonflikts mit Jugoslawien im Jahr 1955 ermöglichte eine weitere Normalisierung der Beziehungen über die „tote“ Grenze, trotz aller historischen Belastungen auf beiden Seiten. Zunächst standen ökonomische Interessen im Vordergrund. Die Grazer Messe wurde zu einer wesentlichen Verbindungsachse in den Süden und Südosten.

Proponenten dieser „regionalen“ Außenpolitik waren besonders Landeshauptmann Krainer und Landesamtspräsident Alfons Tropper. Beide versuchten mit kleinen Schritten zerstörte Brücken wieder aufzubauen und ein gewisses Zusammenleben an der Grenze zu ermöglichen. Die Nachbarschaftspolitik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bauten auf den vielfältigen, jahrhundertealten Gemeinsamkeiten auf. Selbst die 1960 von Hanns Koren ins Leben gerufene „Steirische Akademie“ im Schloss Eggenberg (aufbauend auf der „Grazer Sommerakademie“), als Ort eines jährlichen wissenschaftlichen



• Bundeskanzler Gorbach bei US-Präsident John F. Kennedy, 1962.



• Bundeskanzler Gorbach im Gespräch mit Nikita S. Chruschtschow, 1962.

Diskurses zu Themen der Zeit, beschäftigte sich in der Auftaktveranstaltung mit der Steiermark als einem „Land der Begegnungen“.

Die Politik der kleinen Schritte hatte Erfolg. Ein erstes Abkommen mit Jugoslawien vom 19. März 1953 wurde in Bad Gleichenberg unterzeichnet und betraf die Regelung der Doppelbesitzer, also jener Österreicher, die diesseits und jenseits der Grenze Liegenschaften besaßen.<sup>17</sup> Der kleine Grenzverkehr ermöglichte es Doppelbesitzern, die Grenze zu überschreiten und sich im jenseitigen Grenzbezirk aufzuhalten. Abgesehen davon konnten die Doppelbesitzer wieder in ihre ursprünglichen Rechte eintreten, was bedeutete, dass Grundstücke dem jeweiligen früheren Eigentümer zurückgestellt bzw. wieder übergeben wurden.

Ein Zusatzabkommen sieben Jahre später berechnete 1960 österreichische und jugoslawische Staatsangehörige, die ihren ständigen Wohnsitz in den Grenzbezirken hatten, viermal im Zeitraum von einem Monat die Staatsgrenze zu überschreiten und sich im jeweiligen Grenzbezirk 60 Stunden aufzuhalten.

Mitte der 60er Jahre wurde eine ständig tagende Regionalkommission zwischen der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien und der Steiermark eingerichtet, die sich besonders mit Fragen von Straßen- und Eisenbahnverkehr, Gewässerbewirtschaftung, Wirtschaft, Tourismus, Raumplanung und wissenschaftlich-kultureller Kooperationsmöglichkeiten befasste.

Auf der kulturellen Schiene kamen – teilweise aufbauend auf der historischen Bedeutung der Steiermark – in „Innerösterreich“ (mit Kärnten, Krain und Görz bis zur Adria) in den 60er Jahren mit Italien die Dreiländerbiennale „trigon“, mit Ungarn und Kroatien das „Mogersdorf Symposium“ (als burgenländische Gründung mit starker steirischer Beteiligung) sowie die Zusammenarbeit im Bereich „Alpen-Adria“, basierend auf entsprechenden Initiativen der Universitäten Graz, Marburg/Maribor und Triest, zustande. Über die unmittelbare Nachbarschaftspolitik hinaus forcierte die Steiermark unter LH Krainer eine Hinwendung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die 1957 aus sechs Staaten gebildet worden war und langsam die Spaltung zwischen Deutschland und Frankreich überwinden sollte.



• Hanns Koren und Josef Krainer sen. bei der Eröffnungsausstellung von TRIGON 63.



• von links: Josef Krainer sen., Theodor Piffl-Perčević und der neue Landespartei sekretär Alfred Rainer.



• Männer der Reform: Bundeskanzler Josef Klaus und Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević.

1960 war Österreich – aus Neutralitätspolitischen Gründen – der European Free Trade Association (EFTA) beigetreten. Handelspartner der steirischen Wirtschaft sollten damit vor allem in Skandinavien gesucht werden. Die westdeutsche Wirtschaft, eine Säule der EWG, blieb dennoch der wichtigste Außenhandelspartner für die Steiermark. Das steirische Ziel blieb daher die Integration nach Westdeutschland und in die EWG.

### „Verhungern in der Neutralität“

Der Aphorismus Krainers „Verhungern in der Neutralität“ war keineswegs bloße Rhetorik in einem innerparteilichen Konflikt mit Bundeskanzler Raab, sondern entsprang der Befürchtung, die Steiermark könnte den Zug nach Europa verpassen, der eine Hoffnung auf ein Herauskommen aus der Randlage am „Eisernen Vorhang“ war. Gleichzeitig versuchte Krainer den steirischen Regionalismus und die Anti-Wien-Stimmung anzusprechen: „Da die Frage der europäischen Integration in Wien entschieden wird, ist es unsere Verpflichtung, nicht zu warten, bis dort etwas geschieht, sondern wir haben dafür einzutreten, daß das Richtige geschieht. Ob EWG oder EFTA ist keine Frage der Sympathie oder Antipathie, sondern schicksalhaft für unser Land. Wir fordern und werden – auch wenn man es als Ruf aus dem steirischen Hinterland empfindet – nicht davon abgehen, daß eine Assoziation mit der

EWG oder etwas Gleichwertiges gefunden wird, damit wir unsere Erzeugnisse auch in Zukunft exportieren können.“<sup>18</sup>

Krainer und seine Ratgeber hatten die Chance der Steiermark erkannt, eine kleine Brücke zwischen den Blöcken bilden zu können. Eine feste Verankerung der Steiermark im westlich-demokratischen System, in der EWG und im Europarat war für den Westen vertrauensbildend und für die Position eines vorgeschobenen Postens interessant, für den Osten hingegen war der dadurch über verschiedene Wege zu erhaltende Technologie-Vorsprung aus dem Westen von großem Interesse. Eine Aufgabe dieses extrem schwierigen Balanceaktes zwischen den Blöcken des „Kalten Krieges“ hätte die Steiermark wirtschaftlich noch weiter abdriften lassen.

Äußere Zeichen der steirischen Außenposition waren auch Kurzvisiten des persischen Schah Reza Pahlevi 1960 und des sowjetischen Parteichefs und Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow 1961 (der im Zuge seiner 13-tägigen Österreich-Rundreise nach Graz kam und beim Empfang in Eggenberg besonders gegen die EWG auftrat) im Lande. Höhepunkte der Nachbarschaftspolitik waren jedoch der Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Marschall Josip Broz Tito am 17. Februar 1967 in Graz<sup>19</sup> und die mehr als symbolträchtige feierliche Eröffnung der neuen Grenzbrücke über die Mur in Radkersburg am 12. Oktober 1969 mit Krainer, Tito und Bundespräsident Franz Jonas.

Der Brückenschlag über die Mur bedeutete einen Brückenschlag zu einem anderen, im wesentlichen sozialistischen Gesellschaftssystem und einen Beginn weiterer Kooperationen über die „tote“ Grenze hinweg, wobei Gesprächspartner zunehmend Laibach/Ljubljana und Graz, weniger die Zentralen in Wien und Belgrad, waren. Ein Bild, das sich nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens nach 1991 grundlegend änderte und Graz von der slowenischen Regierung – nicht immer zum Vorteil der Gespräche – weitgehend ignoriert wurde.

## Grenzlandförderung

Die Wirtschaft der Grenzregionen der Ost- und Südsteiermark, mehrheitlich agrarisch strukturiert, litt unter einer verstärkten Abwanderung der Bevölkerung (binnen zehn Jahren bis 1961 um 15 %).<sup>20</sup> Der Wiederaufbau und der Marshallplan hatten hier – mangels entsprechender Industrien – kaum gegriffen. Eine Grenzlandförderung als Gesamtkonzept sollte daher nicht nur die Abwanderung von Arbeitskräften und Gewerbebetrieben stoppen, sondern auch gegenüber den Jugoslawen und Ungarn ein wirtschaftlich homogenes, starkes Land zeigen. Vor allem die ÖVP forcierte im neugewählten Landtag die Grenzlandförderung und setzte für das Budget 1958 neben der allgemeinen Wirtschaftsförderung noch eine besondere Förderung des Grenzlandes fest.<sup>21</sup> Unter Krainers Vorsitz wurde ein Beirat zur Grenzlandförderung geschaffen. Das Finanzausgleichsgesetz 1959 definierte zudem die Beteiligung des Bundes an den Förderungsmaßnahmen mit rund neun Millionen Schilling für die Steiermark.<sup>22</sup> Die Bundeszuschüsse wurden durch Landesmittel ergänzt und für die Stützung der Landwirtschaft und des Gewerbes insbesondere durch Besitzfestigung der Kleinlandwirte und der Kleingewerbetreibenden, die Ansiedelung und/oder Erweiterung von industriellen oder gewerblichen Betrieben, die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem im verkehrstechnischen Bereich (Straßenbau) sowie für touristische Impulse („Bettenaktion“, Ausbau von Privatzimmern) verwendet.

Von 1960 bis 1964 wurden an Bundes- und Landesmitteln an die 50,5 Millionen Schilling für das

Grenzland ausgegeben. 1962 wurden die Förderungsmaßnahmen auch zur Abfederung der Kohlenkrise in den Bergbaugebieten Voitsberg, Fohnsdorf und Seegraben ausgeweitet. Dennoch blieb besonders das steirische Grenzland bis Anfang der 80er Jahre eine wirtschaftliche Problemregion, die erst mit Impulsen des Thementourismus und der touristischen Vermarktung der Weinbauregion langsam gegenüber dem Landesdurchschnitt aufzuholen begann.

## Resümee

Insgesamt schaffte es die Steiermark im ersten Jahrzehnt nach dem Staatsvertrag, wesentliche Akzente in der Wirtschaft und Kultur sowie in den Beziehungen zu ihren Nachbarn zu setzen. Die ÖVP hatte daran, auch im Zusammenwirken mit dem Juniorpartner in der Landesregierung und im Landtag, der SPÖ, dem „steirischen Klima“, einen beachtlichen Anteil.

- 1 Der gesamte Beitrag fußt auf Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Wien/Köln 2000; ders.: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. 2. erw. Aufl. Graz/Wien 2005. Dort auch die einzelnen Quellen- und Literaturnachweise. Hier werden nur wenige, näher erklärende Hinweise angegeben.
- 2 Die steirische KPÖ verlor analog zur Bundespartei zusehends an Bedeutung und realpolitischer Macht, sodass sich das Parteiensystem aus ÖVP, SPÖ und der aus dem VdU hervorgegangenen FPÖ konstituierte.
- 3 Franz Wegart, geboren am 25. Juli 1918 in Graz, kam wenige Wochen später zu seinen Großeltern nach Bad Radkersburg. Pflichtschule 1938/39, danach Wehrdienst, u.a. in Kreta, Norwegen und in der Sowjetunion. 1945 US-Gefangenschaft, Heimkehr schwerkriegsverwehrt, im September 1945 ÖVP-Sekretär im Bezirk Radkersburg. 1946 ÖVP-Landespartei-Organisationsreferent; 1947–1961 Landespartei sekretär. 1949 Landtagsabgeordneter, 1955–1981 Direktor des Österreichischen Verlages in Graz. 1961–1985 Landesrat, abwechselnd für Personal, Fremdenverkehr, Berufsschulwesen und Sport sowie die Aufsicht über die Sozialversicherung. 1964 ÖAAB-Landesobmann Steiermark, 1971 Zweiter Landeshauptmann Stellvertreter, 1985–1993 Präsident



• Landeshauptmann Josef Krainer sen. im Wahlkampf vor den Toren der Alpine Donawitz in den 1960er Jahren.

- des Steiermärkischen Landtages. Wegart starb am 30. Jänner 2009 in Graz.
- 4 Bis dahin hatte noch jede Partei, sofern sie genügend Geld dazu hatte, Stimmzettel mit ihrem Parteinamen an ihre potenziellen Wähler verschickt. Der Wähler sollte dann den Stimmzettel zur Wahl mitbringen und einwerfen bzw. vom Wahlleiter die sogenannten amtlichen Stimmzettel, die allerdings leer waren, verlangen. Diese Vorgehensweise benachteiligte die Kleinparteien.
  - 5 Archiv der ÖVP, Ordner zur Landtagswahl 1957, Rednerskizze, 10.
  - 6 Archiv der SPÖ, Bericht des Vorsitzenden, 3.
  - 7 Bis dahin war Anton Stephan (VdU/FPÖ) Landessrat gewesen. – Hanns Koren, geboren 1906 in Köflach, Matura am Fürstbischöflichen Knabenseminar Graz, Studium der Germanistik, Geschichte und Volkskunde in Graz, Schüler von Geramb, Promotion 1932, danach am Institut für Volkskunde in Salzburg, 1936 Assistent im Volkskundemuseum des Joanneum. Während der NS-Zeit anfängliche gewisse politische Deckung durch Papesch, 1940–1944 Wehrdienst. Dezember 1945 Habilitation, 1949 Leiter des steirischen Volkskundemuseums, 1955–1972 Ordinarius für Volkskunde an der Universität Graz. Parallel dazu: 1950–1953 Vorsitzender der KA Steiermark, 1953 Nationalratsabgeordneter der ÖVP, 1957 Landesrat, später Landeshauptmann Stellvertreter und Landtagspräsident. Koren starb 1985 in Graz.
  - 8 Dies betonen vor allem Wolfgang Mantl und Fritz Csoklich in ihren Biografien zu Krainer.
  - 9 Neue Zeit, 11.3.1961.
  - 10 Kleine Zeitung, 9.3.1961.
  - 11 Archiv der ÖVP, Ordner Landtagswahl 1961, undatiertes Flugblatt.
  - 12 Kleine Zeitung, 14.3.1961.
  - 13 1965 kandidierte Gorbach nach dem Tode von Bundespräsident Adolf Schärf bei den Bundespräsidentenwahlen und unterlag dem SPÖ-Kandidaten Franz Jonas, wobei es als bemerkenswert erscheint, dass gerade das Teilergebnis in der Steiermark äußerst schlecht war. Insgesamt erhielt Jonas 2,324.436 Stimmen, Gorbach 2,260.888. Mit dieser Niederlage war Gorbachs politische Karriere faktisch beendet.
  - 14 Vgl. Archiv der ÖVP, Ordner Rundschreiben 1962, Schreiben von Dr. Alfred Rainer, 25.6.1962.
  - 15 Archiv der ÖVP, Ordner Landtagswahl 1965.
  - 16 Vgl. Kleine Zeitung, 10.12.1966. – Franz Hasiba, geboren 1932 in Graz, studierte an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, 1958 Graduierung, 1965 Mitarbeiter von Alfred Rainer im Landtagswahlkampf, 1983–1985 Grazer Bürgermeister, 1985–1993 Landesrat, 1991–1993 Landeshauptmann-Stellvertreter, 1993–2000 Landtagspräsident. Hasiba lebt in Graz.
  - 17 Vgl. BGBl., Nr. 96, 4.8.1953.
  - 18 Erklärung LH Krainers: Die Aufgaben des Landes Steiermark, in: Kleine Zeitung, 12.4.1961.
  - 19 Kleine Zeitung, 18.2.1967: In einem gemeinsamen Schlusskommuniqué wurde darauf hingewiesen, „daß sich die freundschaftlichen Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, ungeachtet der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Systeme, in der beabsichtigten befriedigenden Weise entwickelt hätten“.
  - 20 Steirische Bewährung 1955–1965. Graz 1965, 120. Aus den Grenzbezirken wanderten 5.394 Menschen ab.
  - 21 Stenogr. Ber. d. Steierm. Landtages, IV. GP 1957–1961, 14. Sitzung, 18./19.12.1957.
  - 22 Steirische Bewährung 1955–1965 (FN 20), 124; Neue Zeit, 20.12.1959.